

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Besizer des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—, Vorkosten können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die halbpaltrte Nonpareilgröße oder deren Raum mit 60 Pfg., die Kleinere mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gründet 1878.

Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Gründet 1878

Nr. 83

Nastätten, Samstag, den 16. Juli 1921

44. Jahrgang

Von Nikolaus II. zu Harding.

Es sind jetzt rund 25 Jahre her, daß Kaiser Nikolaus II. von Rußland, der am 16. Juli 1918 in Jekaterinowslaw von den Bolschewisten erschossen wurde, die Anregung zur ersten großen Abrüstungskonferenz an alle Staaten der zivilisierten Welt ergangen ließ. Und es war ihm vom Schicksal bestimmt, daß der erste große Krieg nach dieser Konferenz im Haag von seinem eigenen Reiche mit Japan geführt werden mußte. Das Wort „mußte“ stimmt allerdings nicht ganz, denn der Krieg war sehr wohl zu vermeiden, ist aber von der russischen Regierung, die von ostasiatischen Spekulantanten beeinflusst war, in grenzenloser Verkennung der Machtverhältnisse Japans herausbeschoren worden. Aber als die Einladung zur Abrüstungskonferenz bekannt wurde, entstand bei allen Friedensfreunden eine begeisterte Ovation für den Zaren, der als der wahre Friedenskaiser gefeiert wurde.

Deutschland hat der ersten Abrüstungskonferenz gegenüber eine rein sachliche Haltung bewahrt, die durch die Folgezeit vollkommen begründet ist. Bei unserer Lage zwischen den großen miteinander verbündeten Militärmächten Frankreich und Rußland konnten wir einer Abrüstung nicht näher treten, von welcher unsere westlichen Nachbarn überhaupt nichts wissen wollten. So ist denn die einzig sichtbare Folge der Haager Konferenz geblieben, daß der amerikanische Milliardär Carnegie dort einen imposanten Friedenspalast erbauen ließ. Vor dem Weltkrieg haben wir dann mit England Verhandlungen wegen der Einschränkung der Schiffsbauten gepflogen, die vielleicht später einmal greifbare Resultate ergeben hätten, wenn nicht das Attentat von Serajewo Europa in hellen Brand verlegt hätte.

Als die Konferenz im Haag stattfand, schien der Weltfriede unbedroht, von ernstlichen Schwierigkeiten unter den großen Mächten war jedenfalls keine Rede. Heute, wo Präsident Harding wieder eine solche Konferenz in Vorschlag gebracht hat, ist trotz des ausgefochtenen Weltkrieges die Lage durchaus nicht entspannt. Nicht einmal in Europa, wo die Verhältnisse im Osten recht kritisch erscheinen, noch weniger in Vorderasien, und am allerwenigsten im Riesengebiet des Stillen Ozeans. Aber trotz dieser nicht wegzuleugnenden Tatsache ist es nicht ganz unmöglich, daß die angelegte neue Konferenz mehr als theoretische Beschlüsse zur Folge haben kann, denn das Wort Amerikas fällt schwer ins Gewicht, wobei allerdings nicht ausgeschlossen ist, daß Präsident Harding oder sein Nachfolger es erleben kann, daß er zuerst wieder einen Krieg beginnen muß.

Eine solche Abrüstungskonferenz ist mit einer Feuerversicherung zu vergleichen. Auch die schönste Versicherung schützt nicht dagegen, daß es doch brennt, und daß, wenn kein direkter, so doch ein indirekter Schaden durch Betriebsstörung entsteht. Was Betriebsstörung im Leben des Einzelnen ist, das ist Handelsstörung im Dasein einer Nation. Amerika steht heute in der noch nie dagewesenen Lage da, daß alle europäischen Großmächte ihm tief verschuldet und die übrigen Staaten ihm verpflichtet sind. Sie werden auf ihren mächtigen Gläubiger also auch entsprechende Rücksicht nehmen müssen. Der einzige Staat, der auf Amerika und auf die ganze Welt „pfeifen“ kann, der niemand gebraucht, das ist Japan. Präsident Harding kann also möglicherweise mit seiner Konferenz einen gewissen Erfolg erleben.

Lloyd George will Ruhe.

Man muß es den Engländern nachsagen, daß sie keine Kleinigkeitsträger und bemüht sind, über Nebensächlichkeiten baldmöglichst fortzukommen. Das es während des Krieges anders war, ist nicht in Abrede zu stellen, doch ist nicht zu vergessen, daß in diesen Jahren die Moral der ganzen Welt gelitten hat. Es ist ihnen reichlich überdrüssig, daß aus Paris ein Zwischenfall nach dem anderen herbeigeführt oder ausgebeutet wird, der den Weltmarkt verstört. Auch die Streitereien im eigenen Lande sind den hochmögenden Herren ein Dorn im Auge, und Lloyd George hat ihrer Stimmung Rechnung tragen müssen. Er hat den großen Bergmannstreik beigelegt und auch den irischen Friedensschluß vorbereitet. Er

will nun auch das Kapitel Deutschland aus der Welt haben, das nach der Annahme des Ultimatums durch die deutsche Reichsregierung für ihn nur noch eine Last ist. Ueber Oberklesien und die Verbechtung der Sanktionen sollte entschieden werden. Daß die Franzosen jetzt noch die Leipziger Gerichtsurteile zu einer großen Angelegenheit aufbauen, paßt ihm im Grunde seines Verzens kaum, wenn auch die frühere Freisprechung des deutschen U-Bootsführers in London verdross. Lloyd George denkt, wenn zu diesen Dingen etwas gesagt werden soll, so soll das schnell herauf gesagt, aber nicht für neue Wochen und Monate hingesogen werden. Diese ewige Nörgelei ist dem Engländer zuwider. Es würde überhaupt keine ruhige Zukunft mehr geben, wenn es in diesem Stille weiter ginge.

Die Tendenz geht nach Ruhe. So viel steht fest. Was auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles für uns herauskommen wird, ist heute schwer abzusehen, denn aufrichtige Teilnahme für uns herrscht in London nicht. Aber es ist immerhin viel für uns gewonnen, wenn sich die englische Willensäußerung energisch dahin geltend macht, dem Herbeizerrren von weiterem Bank ein Ende zu machen. Die Aburteilung der angeblichen deutschen Kriegsverbrecher durch ein Entengericht liegt den Engländern nicht, wenigstens nicht in den Fällen, wo die Dinge nicht klar sind. Lloyd George hatte im Winter selbst gegen einen Kaiserprozeß gesprochen. Es ist darum nicht ohne weiteres anzunehmen, daß es zu neuen Prozessen kommt, selbst wenn Frankreich diese fordert und auch einige englische Stimmen dafür eintreten.

Heute beeinflusst die Entente noch den größten Teil der internationalen Presse, auch in Sachen der Leipziger Gerichtsurteile. Aber da die Verhandlungen dort öffentlich sind, so ist gar nicht zu verhindern, daß der Welt schließlich doch Dinge bekannt werden, die für die Sieger im Weltkrieg gerade nicht erfreulich sind. Die englische Kriegführung ist zu allen Zeiten nicht auf Humanität eingestellt gewesen, sondern auf Vernichtung des Gegners. Davon ist ja heute vieles, aber doch nicht alles vergessen, und die Verhandlungen in Leipzig müssen notwendigerweise für die Briten wenig angenehme Erinnerungen wachrufen. Wenn die Engländer sich entschließen könnten, gerade heraus zu sagen, wie sie wirklich denken, sie müßten sagen: „Der Krieg ist vorbei, laßt alles Nachspiel unterweg!“

Sucht und Haß.

Eine neue Rede Briands.

In Beantwortung verschiedener Anfragen über die Außenpolitik und insbesondere einer Rede des früheren Kriegsministers Joffre über die Zwischenfälle von Beuthen und Leipzig erwiderte Briand in längeren Ausführungen. Er erklärte, daß die Lage Frankreichs, selbst wenn man sich von jedem Optimismus frei halte, keineswegs beunruhigend sei. Wenn auch die öffentliche Meinung Deutschlands immer noch vom alldeutschen Geiste vergiftet sei, so ist es Frankreich doch am Rhein und könne jede Bedrohung abwehren. Erst wenn Deutschland erkenne, daß ein Revanchekrieg unmöglich sei, sei der Friede gesichert. Jetzt bestände keine Kriegsfahr. Briand fügte hinzu, daß Frankreich die deutsche Regierung auf das Eindringen bewaffneter deutscher Abteilungen hingewiesen und eine Fortdauer dieses Zustandes als Kriegsgarantur bezeichnet habe. Er sprach alsdann dem General Le Rond das höchste Lob aus, der den schwersten Posten einnehme, den je ein Franzose fern dem Vaterlande bekleidet habe. Alsdann gab er eine Schilderung über den Beuthener Zwischenfall und betonte, daß man Deutschland nicht dafür verantwortlich machen könne, da das Gebiet der J. A. in Dppeln unterstehe. In der oberstehtlichen Frage halte sich Frankreich an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten der Polen zu sprechen. Es müßten schon zwingende Beweise vorgebracht werden, um zu anderen Ergebnissen zu kommen. Die Abberufung der französischen Abordnung aus Leipzig sei notwendig gewesen, da ihre Anwesenheit völlig zwecklos gewesen sei angesichts des dort von den Deutschen ausgeführten Theaterstücks. Frankreich sei im Vollbesitz seiner Macht. Deutschland habe das Ultimatum angenommen.

Wenn Wirth auch alles Mögliche getan habe, um sein Versprechen zu erfüllen, so genüge das doch nicht, um Frankreich zu erlauben, auf die Sanktionen zu verzichten. Aber es sei auch für Deutschland nicht einmal wünschenswert (!!), denn wenn später einmal eine alldeutsche Regierung ähnlich unannehmbare Handlungen wie die Freisprechung von Kriegsverbrechern begäbe, so wäre das noch etwas ganz anderes. Wenn die Kammer eine kriegerische Politik betreiben wolle, so müsse sie sich an eine andere Persönlichkeit wenden. Die Sanktionen müßten beibehalten werden, solange Deutschland die ihm auferlegten Bedingungen nicht vollständig ausgeführt habe.

Wenn Frankreich zur Gewalt greife, werde die ganze Welt verstehen, daß es dazu gezwungen worden sei. Frankreich befinde sich neben einem Lande, in dem man das Gewicht der Niederlage nicht genügend begriffen habe. Ein Land, das seine Macht am Rhein aufgestellt habe, habe das Recht, der Zukunft mit Ruhe entgegenzusehen.

Eine Zurechtweisung Briands.

Der Reichsjustizminister verteidigt das Reichsgericht.

Im Demokratischen Klub in Berlin hielt Reichsjustizminister Schiffer einen Vortrag, in dem er sich gegen die Beleidigungen wandte, die Briand in seinen letzten Reden der deutschen Rechtspflege zugesagt hat. Er sagte, daß Briand in seinen Neuerungen in nicht zu verachtender Weise mit der Ehre seiner Mitmenschen umgegangen sei. Die Ehre des Richters sei seine Unparteilichkeit. Herr Briand sprach sich dem höchsten deutschen Gerichtshofe ab, wenn er behauptet, daß er ein Theaterstück aufgeführt, also ein abgeartetes Spiel getrieben habe; eine Verdächtigung, die ohne den Schein eines Beweises in die Welt geschleudert worden sei.

Darüber, daß das Verfahren gründlich und gewissenhaft unter genauer Beobachtung strenger Unparteilichkeit abhandelt worden ist, liegen genügend zahlreiche und gewichtige Neuerungen vor, um jede Vermägelung von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen. Herr Briand möge die gefällten Urteile als irrig anerkennen. ... Aber denen, die sie erlassen haben, das ehrliche Streben nach Gerechtigkeit abzuspüren, dazu habe er kein Recht. Man könne zwar die Leipziger Prozesse mit einem Theaterstück vergleichen, aber nicht mit einer Komödie, sondern einer Tragödie, nämlich insofern, als Deutschland allein seine Kriegsverbrecher zur Verantwortung ziehe und sich nicht einmal auf die in der Liste aufgeführten Personen beschränke.

Steuern und Garantie-Kommission.

Deutschlands wirtschaftliche Verfallung.

In einem Referat, das die „Wirtschaftlichen Nachrichten“ aus dem Ruhrgebiet veröffentlichten, machte Geheimrat Dr. Wiedfeld, einer der bekanntesten Führer der deutschen Industrie, folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Die Verfallung hatte unsere freie Handlungsfähigkeit wirtschaftlich und finanzpolitisch arg eingeschränkt. Das Ultimatum, das jede Auflegung teils durchführt, teils ändert, schnürt sie weiter ein. Die jetzt geschaffene Garantiekommision ist der von der Entente bestellte Vertreter der künftigen Besitzer der auszugebenden Schuldverschreibungen und ist zu diesem Behufe mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet.“

Alle Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die sie für notwendig erachtet, muß Deutschland erlassen. Sie kann darüber hinaus solche Maßnahmen ergreifen, die sie zur zweckmäßigen Erledigung ihrer Aufgabe für notwendig hält. Nur in die Verwaltung soll sie sich nicht einmischen, was sie übrigens auch beim besten oder besten Willen auf die Dauer nur wenig können wird. Sie bestimmt Form und Struktur der Schuldverschreibungen. Sie ordnet deren Zins- und Tilgungsdienst. Sie sorgt für die Vorzughaftung von Zins und Einnahmen des Reiches und der

Gliedstaaten. Sie bestimmt die Zahlungswährung und kontrolliert die Einnahmen der Fonds zur Verzinsung und Tilgung der Schuldverschreibungen. Das sind die Einnahmen an deutschen Zöllen, Ein- und Ausfuhrabgaben, die Erträge direkter oder indirekter Steuern oder Fonds, die sie als Ergänzung oder Ersatz der Zölle und Abgaben auf Vorschlag der deutschen Regierung angenommen hat. Die deutsche Regierung muß ihr jede beabsichtigte Handlung mitteilen, die dazu führen könnte, die Erträge irgend einer belegten Einnahmequelle zu mindern und aufzufordern andere Quellen zur Verfügung stellen. Sie prüft das deutsche Steuersystem hinsichtlich der Belastungshöhe und sorgt dafür, daß alle Einkünfte Deutschlands einschließlich der für innere Anleihen bestimmten Zins- und Tilgungsbeträge vorzugsweise zur Abtragung der Kriegsschuld dienen. Sie hat die Höhe der deutschen Einfuhr und die Eingänge der anderen belegten Einnahmequellen zu bestätigen und nötigenfalls richtig zu stellen, so daß sie weitgehend in alle Finanz-, Steuer- und Zollverhältnisse eindringen kann. Was ist und danach noch an wirtschafts- und finanzpolitischer Selbständigkeit geblieben? Künftig dürfen wir keine Zollsäge und keine Einfuhr- und Ausfuhrabgaben ändern, ohne daß die Kommission ihre Zustimmung gibt. ...

Und diese handelspolitischen Ketten sollen wir zunächst 36 Jahre oder möglicherweise sogar über zwei Menschenalter hin schleppen. Ebenfolange werden wir ein starres Steuersystem zu tragen haben. Denn Änderungen wird die Garantiekommision schon allein aus dem Trägheitsgesetz und der Schwierigkeit, übereinstimmende Beschlüsse zu fassen, nur zögernd und selten zustimmen. Steuerentlastungen einer Volksschicht zu gewähren, die infolge wirtschaftlicher Veränderungen stark überlastet ist, wird sie verhindern. Steuern aufzuheben, die infolge anderer politischer Anschauungen oder veränderter Wirtschaftsverhältnisse drückend geworden sind, wird sie sich schwer entschließen. Wir werden daher künftig beim Erlaß von Steuergesetzen erheblich vorsichtiger in Ausbau und Aufbau zu Werke gehen müssen, als es leithin üblich war, wo man Steuererlässe häufig ändern mußte und wo die Besteuernten oft die Empfindung hatten, als sagten sich die Besteuernden: Nehmen wir einmal diese Steuer und jene Säbe; es wird schon gehen, sonst ändern wir eben die Bestimmungen oder versuchen andere Säbe.“

Offenlich findet bei der Zusammenfassung der neuen Steuerpläne der hier hervorgehobene Gesichtspunkt bei Behandlung der Steuerfragen die gebührende Berücksichtigung durch den Gesetzgeber.

Grenzabsperzung.

Henneker über den vierten Polenaufrüst.

General Henneker, der Kommandeur der englischen Truppen in Oberschlesien, äußerte sich über die Gefahr eines neuen Polenaufrüstes folgendermaßen: Die polnische Grenze würde jetzt durch die Truppen der drei Verbündeten streng abgesperrt werden. Ein neuer polnischer Aufrüst würde seiner Ansicht nach durch die alliierten Truppen sicher unterdrückt werden können. Die englischen Truppen seien jetzt um 60 Prozent stärker als früher. Ihre bisherige Schwäche sei nur der Grund für die Ausbreitung des dritten Aufrüstes gewesen. Die deutsche Bevölkerung aber müsse die Ruhe bewahren. Gewalttätigkeiten würden ihr selber nur zum größten Schaden gereichen. Er hoffe, daß General Hofer, für den er die größte Hochachtung empfinde, die heißblütigen Elemente weiter im Zaume halten könne. Den Beuthener Zwischenfall bedauere auch er lebhaft. Die Ruhe wäre jetzt wieder hergestellt. Die Bevölkerung müsse sich bis zur Entscheidung des Obersten Rates in Geduld fassen. England suche eine möglichst schnelle Entscheidung herbei. Diese Ausführungen entsprechen an zum größten Teil den Tatsachen. Die Engländer sind in verschiedenen Dingen energisch gegen die Insurgenten vorgegangen und haben sie entwaffnet. Auch die Grenze wird jetzt überall dort abgesperrt, wo englische Truppen den Befehl erhalten haben. Die Stimmung in Beuthen hat sich durch die Abberufung des französischen Generals Le Comte Denis weitentlich beruhigt.

Neuer Ausschub.

Dagegen scheint die Entschelbung des Obersten Rates erneut hinauszugeschieben zu sein, und zwar dieses Mal durch Lloyd George. Jedenfalls erklärt Reuters, daß das Datum der nächsten Konferenz noch ganz unbestimmt sei, da Lloyd George durch die britische Reichskonferenz und die irische Frage noch mehrere Wochen verknüpert sei.

Der zweite U-Boot-Prozess.

Anklage wegen vollendeten Mordes.

Der zweite U-Boot-Prozess gegen die Oberleutnants Dithmar und Voldt, der am 12. Juli vor dem Reichsgericht in Leipzig begann, beruht auf einer Anklage des Reichsanwalts. Die Anklage lautet auf vollendeten Mord. Hieraus scheint sich zu ergeben, daß bereits ausreichendes Verdachtsmaterial vorliegt. Es besteht nun vor allem die Frage, ob die beiden Offiziere auf höheren Befehl gehandelt haben oder ob die Verantwortung der Kommandant des U-Bootes, Kapitänleutnant Pavia, trägt, der auf der Auslieferungsliste angegeben ist. Dieser ist jedenfalls unauffindbar. Zu den von der Verteidigung geladenen Zeugen gehört der Admiral v. Trotha. Als Sachverständiger ist der Korvettenkapitän Saalwächter von der Reichsmarineleitung berufen. Zur Teilnahme an dem Prozess ist eine englische Justizkommission unter Führung des Generalstaatsanwalts Sir Pollock in Leipzig eingetroffen. Es sind 27 Zeugen, darunter 13 Engländer, zugegen.

Der Vorgang, der zur Klageerhebung geführt hat, ist bekanntlich der, daß bei der Versenkung eines englischen Hospitalschiffes die englische Mannschaft von dem U-Boot aus in den Rettungsbooten gerammt und beschossen sein soll. Kapitänleutnant Pavia hat die Angeklagten verpflichtet, nichts über die fraglichen Vorgänge auszusagen. Die Mannschaft soll absichtlich unter Deck gehalten sein, damit sie nicht Zeugen der Tat würden.

Beide Angeklagte haben in der Voruntersuchung jede Auskunft über die Ereignisse des Tages verweigert, und zwar unter Berufung auf ihr dem Kapitänleutnant Pavia gegebenes Ehrenwort. Der Angeklagte Dithmar erklärt, auch heute nichts auszusagen zu wollen. Voldt dagegen äußert sich allgemein über die äußeren Umstände und erklärt, er sei stolz, unter einem Kommandanten wie Pavia tätig gewesen zu sein. Er schildert u. a. den Augenblick, als „U. 86“ nur noch einen Torpedo und ein verbogenes Schrohr hatte und eine Reihe von feindslichen Kriegsschiffen sich ihm näherte. Damals wurde von „U. 86“ das amerikanische Transportschiff „Cincinnati“ versenkt. Er fügt hinzu, wenn alle U-Boots-Kommandanten Männer wie Pavia gewesen wären, dann hätte England den Krieg nicht gewinnen können.

Der Präsident bemerkt hierzu, hier sei nicht der Ort, um den Krieg nachzuprüfen.

Pavia habe sich, so erklärt Voldt schließlich, geirrt und sich in der Wahl der Mittel vergriffen, aber er habe den heiligen Willen gehabt, die Hungerblode zu sprengen und Deutschland zum Siege zu führen. Welche Gründe Pavia gehabt habe, in seinem Kriegsbuch nichts von den Vorgängen zu verzeichnen, wisse er nicht.

Hierauf beginnt die Zeugenvernehmung.

Die Zeugenvernehmungen.

Die Vernehmung der englischen Zeugen, deren Aussagen im wesentlichen übereinstimmend lauteten, ergab etwa folgenden Bild der Vorgänge:

Der zweite Offizier der „Landover Castle“, Chapman, erklärte, daß das Lazarettschiff ordnungsmäßig als solches gekennzeichnet gewesen sei und auch keinen anderen Zweck gedient habe. Auch hätten sich keine amerikanischen Offiziere an Bord befunden, wie dies von den deutschen Offizieren behauptet worden wäre. Nach der Torpedierung wären sogleich die Rettungsboote an Steuerbord mit der Befehlsabgabe herabgelassen. Dann sei die Kesselexplosion erfolgt. Ein Boot sei in den Strudel des versinkenden Schiffes hinweggerissen worden. Zwei Boote seien gekentert und versunken. Die Besatzung der Boote habe versucht, verschiedene Schiffsrückteile zu retten. Der Kapitän sei von den Deutschen an Bord gerufen und habe Auskunft über das Schiff geben müssen. Dann sei er ins Boot zurückgekehrt. Das U-Boot habe anscheinend versucht, das Rettungsboot zu rammen, um alle Zeugen des Vorfalls zu beseitigen. Auch seien 12 Schiffe von den Besatzungen des U-Bootes abgefeuert worden, die nur den Rettungsbooten gegolten haben könnten und in ihrer Nähe ins Wasser eingeschlagen wären.

Der Zeuge Potts, der sich als Gefangener an Bord des U-Bootes befand, erklärt, daß auch er Beschußfeuer gehört habe. Weitere Mitteilungen könne er nicht machen, da er wie ein anderer Gefangener des vorher torpedierten Dampfers unter Deck gehalten worden wäre.

Der Aussage eines Zeugen, daß bereits zwei Rettungsboote vor dem Versinken des Hospitalschiffes untergegangen seien, hielt der Präsident entgegen, daß dies im Widerspruch mit den übrigen Aussagen stünde. Der Zeuge behauptet, aus Lichtsignalen dies festgestellt zu haben. Von dem Sachverständigen, Korvettenkapitän Saalwächter,

er wird erklärt, daß dies auf einem Irrtum beruhen könne, da durch das Kalzium untergegangener Schiffe sich häufig noch später Lichterscheinungen zeigten.

Daraufhin wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Der erste deutsche Zeuge, Konstatte Poppe, der Steuermann auf „U. 86“ war, erklärt, daß man im Zweifel gewesen wäre, ob man das als Lazarettschiff erkannte Schiff torpedieren solle. Oberleutnant Dithmar und er hätten abgeraten. Schließlich habe aber der Kommandant den Befehl gegeben. Nach der Torpedierung sei man näher herangefahren, um festzustellen, ob Kriegsmaterial oder amerikanische Offiziere, wie man vermutet habe, an Bord gewesen seien. Man habe viele Schiffsrückteile und mehrere Rettungsboote angetroffen. Die Rettungsmannschaften seien nicht gestört worden. Die Schiffe seien Schredtschiffe gewesen, um die Boote zum Herankommen zu veranlassen. Mehrere englische Offiziere seien auch vernommen worden.

Der Zeuge erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden, wie er es sich erkläre, daß er noch eine halbe Stunde nach der Torpedierung Schiffe gehört habe, daß andere Gegner nicht in Sicht gewesen seien. Aus der Tatsache, daß das Lazarettschiff in der Mitte auseinandergebrochen wäre, habe man erkennen können, daß eine Kesselexplosion erfolgt sei. Er habe auf das Geräusch zu wenig geachtet, um angeben zu können, ob auch Munition explodiert sei. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, er habe angenommen, daß man auf die Rettungsboote schieße, da er keine andere Erklärung gefunden habe. Die Zeugnisse, die die Leumundszeugen den Angeklagten ausstreckten, sind sowohl in persönlicher wie in dienstlicher Beziehung die allerbesten.

Preussischer Landtag.

- Berlin, 12. Juli 1921.

Von den Vorlagen, die auf der Tagesordnung des Hauses stehen, das dem Beispiel des Reichstages bald folgen und in die Ferien gehen wird, ruft erst der Gesetzesentwurf „betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung“ einiges Interesse hervor. Der frühere Ministerpräsident Braun erklärt als preussischer Sprecher der Sozialdemokraten, daß unter seinem Regime die Siedlung gute Fortschritte gemacht habe. Der deutschnational Abg. Weiser empfindet Ausschlußberatung und sei ein Kommunist und ein Unabhängiger schimpfen wie üblich auf den Kapitalismus, bis die Vorlage an den Siedlungsausschuß geht.

Danach geht es wieder an kleine Vorlagen, die im Handumdrehen erledigt werden. Die große demokratische Anfrage über den

Entwurf des Reichsschulgesetzes

zur Ausführung des Artikels der Reichsverfassung über Bekenntnis- und Weltanschauungsschule erfährt eine längere Begründung durch den Abg. Hoff von den Demokraten. Er fordert entschieden, daß die nationale Einheitschule auf simulative Grundlage aufgebaut werden müsse und befürchtet, daß der jetzige Entwurf zum Reichsschulgesetz einen Kulturkampf in die Schule tragend würde.

Nachdem der Abg. Hoff mit den Worten: „Unser Ideal ist und bleibt ein Volk und eine Schule“ seine Rede beendet hat, kritisiert der Unabhängige Hoff gleichfalls den Entwurf. Der

Kultusminister Prof. Veder

hält die ganze Debatte mehr oder weniger für überflüssig, da im Reichstage über das Reichsschulgesetz entschieden werde. Er erzählt einiges von dem Entstehen des Gesetzes und gibt zu, daß dem Gesetzesentwurf die pädagogische Größe fehle. Nach dem Minister hebt der Mehrheitssozialist König hervor, daß die Kirche wieder ihren alten Einfluß auf die Schule gewinnen will. Im übrigen beantragt er Ausschlußberatung.

Für die Deutschnationalen ergreift Abg. Delze das Wort und befundet ebenfalls seine Gegnerschaft zu dem Gesetzesentwurf. Der Abg. Meyer von den Kommunisten kann die übliche Brandrede gegen die Regierung und sonstige „Reaktionäre“ nicht unterdrücken.

- Berlin, 18. Juli.

Man beschäftigt sich zunächst mit der Novelle zum Kommunalabgabengesetz. Wie der Ausschußberichterstattung Abg. v. Egnern (D. Vp.) mitteilt, ist aus den Ausschußberatungen noch nichts Endgültiges herausgekommen. Die Hauptsache sei, daß der preussischen Regierung für ihre Verhandlungen mit dem Reich die Rücken gestärkt werde. Der Sozialdemokrat Müller-Gameln ist mit den Ausschußbeschlüssen einverstanden, während Abg. Hoffmann-Münster (Nat.) schwere Bedenken gegen diese Gesetzesmachelei hegt, die nicht der Würde des Hauses entspräche. Er verpricht sich von all diesen Bewilligungen nicht viel. Der Zentrumredner Abg. Sprenger begrüßt besonders im Hinblick auf die Wohnungsnot die Wohnungssteuer. Dem Unabhängigen König ist das Gesetz völlig unzureichend.

In der Einzelabstimmung wurden alle Paragraphen des Entwurfs schließlich angenommen, einige Änderungsanträge der Deutschnationalen und der Sozialisten werden abgelehnt. Die Gesamtabstimmung und 8. Lesung werden auf morgen vertagt.

Nachdem man dann noch den Ausschußbericht zur 2. Lesung des Notetals entgegengekommen hat, vertagt man sich auf morgen.

Deutsches Reich.

Der Staatsgerichtshof in Tätigkeit. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches hielt im Reichsgerichtsgebäude seine erste öffentliche Sitzung ab. Als erste Sache stand der Bremer Verfassungskonflikt zur Verhandlung, wobei es sich darum handelte, ob ein von der Bremer Bürgerschaft beschlossenes Gesetz über Untersuchungsausschüsse mit dem Geiste der Bremer Verfassung vereinbar sei. Der Staatsgerichtshof kam zur Verneinung dieser Frage und fällt ein dementsprechendes Urteil. Als zweite Sache wurde über den Braunschweiger Verfassungskonflikt verhandelt. Nach mehrstündigen Beratungen traf der Staatsgerichtshof folgende Entscheidung: Der Antrag des Landeswahlverbandes auf Auflösung des braunschweigischen Landtages und Ausschreibung von Neuwahlen wird abgelehnt. Das Gericht stellte sich nach Feststellung seiner Zuständigkeit auf den Standpunkt, daß der gegenwärtige braunschweigische Landtag als konstituierende Versammlung anzusehen sei.

Die beiden „Korridore“ im Deutschen Reich. Der große polnische Korridor im Osten, den man passieren muß, wenn man nach Ostpreußen will, ist bekannt. Jedem Deutschen, der durch diesen Schnitt im deutschen Landeskörper hindurch muß, wird es schwer ums Herz. Fremde Laute klingen aus deutsche Ohren, entstellte deutsche Namen sehen unsere Augen; es ist schwer erträglich. Der zweite fremde Korridor liegt in Nord-schleswig. Wer nach der Insel Sylt will, muß 2 Stunden lang durch dänisch gewordenes Gebiet fahren, wobei die Abteile des deutschen Zuges plombiert werden, bis es halt in Sønderborg gibt, wo das deutsche Fährrschiff anlegt. Kein anderer europäischer Staat hat derartige Korridore, die ein Zeichen dafür sind, was sich Deutschland hat gefallen lassen müssen. Aber im dänischen Korridor gibt es noch freundliche Minuten, deutsche Familien jubeln den deutschen Passagieren zu. Im Osten würden solche „deutschen“ Demonstrationen bald unterdrückt oder wohl gar schwer geahndet werden.

Kommunistische Tumultuanten gegen den Reichstagspräsidenten. Als Reichstagspräsident Voche in Halle in einer großen Arbeiterversammlung über die kommenden parlamentarischen Kämpfe sprach, wurde von Kommunisten, die einen großen Teil der Versammlung bildeten, versucht, die Versammlung zu sprengen. Bei der Diskussion kam es zu großen Tumulten, so daß die Versammlung schließlich geschlossen werden mußte. Reichstagspräsident Voche mußte den Saal fluchtartig verlassen.

Peru bezahlt nichts für die beschlagnahmten deutschen Schiffe. Die Reparationskommission beschäftigte sich mit der Angelegenheit der in Peru beschlagnahmten deutschen Schiffe. Peru hat verlangt, daß die Entente sein freies Verfügungsrecht über die deutschen Schiffe anerkenne, für die es keinerlei Zahlung für Rechnung Deutschlands auf Wiederherstellungskosten leisten will. Die Reparationskommission hat diesem Verlangen stattgegeben. Deutschland erhält also für diese Schiffe für Reparationskonto nichts vergütet. Da der Fall der in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Schiffe, 600 000 Tonnen, vollkommen gleich liegt, scheint damit auch für Amerika ein Präzedenz zu ungunsten Deutschlands geschaffen. Allerdings hat Amerika dem Verfallser Vertrag nicht ratifiziert, es ist also möglich, daß es sich direkt mit Deutschland auseinandersetzen wird.

Deutschlands Schuldverschreibung über 12 Milliarden Goldmark. Gemäß dem Zahlungsplan des Wiederherstellungsausschusses vom 5. Mai d. J. ist Deutschland verpflichtet, dem Ausschuß bis zum 1. Juli Schuldverschreibungen für einen Betrag von 12 Milliarden Goldmark auszubändigen. In Erfüllung dieser Verpflichtung ist dem Wiederherstellungsausschuß zum 1. Juli durch die Kriegskostenkommission eine Schuldverschreibung übergeben worden. Es heißt in dieser:

Das Deutsche Reich schuldigt dem Anhaber dieser Schuldverschreibung den Betrag von zwölf Milliarden Mark Gold von dem am 1. Januar 1914 festgelegten Gewicht und Feingehalt. Diese Schuldverschreibung wird in Mark Gold vom 1. Mai 1921 ab mit 5 v. H. ihres nominalen Nennwertes verzinst und vom 1. Mai 1921 ab jährlich mit 1 Prozent unter Zuwachs der durch die Klauna ersparten Zinsen durch Rückzahlung zum Nennwerte getilgt. Unbeschadet der Bestimmungen 248 und 251 des Vertrages von Versailles haben sie für die Schuldverschreibung der gesamte Besitz und alle Einkünfte und der deutschen Staaten an erster Stelle. Insbesondere ist der Zins- und Tilgungsdienst durch die jährlich von Deutschland gemäß Artikel 4 des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen sicher gestellt.

Es folgt die Angabe der Sicherheiten für die Zahlungen durch sämtliche deutschen Bölle, die 25prozentige Ausfuhrabgabe und sämtliche deutschen Steuern.

Eine spanische Militärmission im Rheinland. Dieser Tage ist die spanische Militärmission, die von den Franzosen eingeladen ist, in Mainz zum Besuche der Rheinlande eingetroffen. Unter den Mitgliedern der Kommission soll sich auch ein Neffe des Königs von Spanien befinden. Die Kommission wird vom Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Degoutte, empfangen werden und in den nächsten Tagen einen Ausflug nach dem Taunus und eine Rheinfahrt bis Bonn auf den Schiffen der Rhin-Schlottlinie unternehmen. Über eine Zustimmung der deutschen Regierung zu dieser Reise einer ausländischen Militärmission ist nichts bekannt geworden. Und doch sollte man erwarten, daß die Spanier, die einerseits wegen ihrer Höflichkeit bekannt sind und andererseits Deutschland freundlich gegenüber stehen, der französischen Einladung nicht ohne Einwilligung Deutschlands gefolgt sind.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags wurde der Notetat angenommen.

Der französische Gesandte in München, Dard, wird seinen Posten in absehbarer Zeit, voraussichtlich im September, verlassen.

Oberpräsident Göring hat sein Mandat als Mitglied des preussischen Staatsrats niedergelegt. An seine Stelle tritt Landrat Bergemann aus Calbe.

Wie von bestimmteter Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung des Karlsruher Residenzblattes, daß Reichskanzler Dr. Wirth sich verlobt habe, frei erfunden.

An der Universität Heidelberg hat sich ein Rheinlandschiff gebildet, der die kulturellen Beziehungen mit dem besetzten Gebiete, insbesondere mit dem Pfalz und dem Saargebiet, pflegen wird.

Ausland.

Oesterreich.

Österreichs Anschlussantrag an den Völkerbund. Der Wiener Bundesrat beschloß, gegen den Gesetzesbeschluss des Nationalrates zur Durchführung einer Volksbefragung und einen an den Rat des Völkerbundes auf Grund des Artikels 88 des Friedensvertrages zu stellenden Antrag seinen Einspruch zu erheben. In einem Referate bezeichnete Berichterstatter Dr. Hartmann das Gesetz als eine der vielen Stappen auf dem Wege zum Anschluss an das Deutsche Reich. Jeder Versuch, den Ausdruck des Wunsches der österreichischen Bevölkerung zu verbieten, sei eigentlich das Zeichen eines bösen Gewissens, das nicht wolle, daß die Absicht der Deutschösterreicher vor aller Welt kund werde, das Selbstbestimmungsrecht im Sinne des Anschlusses an Deutschland ausüben zu wollen. Trotz aller Not von außen und von innen wolle auch Österreich seine geographischen Grenzen haben, die aber nicht auf strategische Notwendigkeiten und auf den Sarcopagismus zurückzuführen, sondern auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der großdeutsche Bundesrat Bierbaumer begrüßte gleichfalls das Gesetz, wenn er auch den Mangel der Festlegung eines Termines für die Befragung bedauerte.

Russland.

Sowjetrusslands Protestnote an Polen. Die Protestnote Tschilicherins an die polnische Regierung wegen Unterdrückung russischer und ukrainischer Gegenrevolutionäre hat in Warschau überrascht. Man fragt sich hier noch, ob der Schritt der Sowjetregierung nur ein Einschüchterungsversuch ist oder ob er, wie es den Anschein hat, ernst zu nehmen ist. Das polnische Außenministerium wird sich vermutlich auf eine scharf gehaltene Zurückweisung beschränken. Besonders wird sich dieser Protest gegen das Verlangen nach einer gemischten polnisch-russischen Untersuchungskommission richten, die nach der russischen Forderung die Liste der auszuweisenden Gegenrevolutionäre feststellen und die Kontrolle über die Auflösung aller antisowjetischen Organisationen in Polen ausüben sollte. Die polnische Presse weist darauf hin, daß man die Frage viel kühler behandeln könne, als es sonst üblich sei, da man die Note der Sowjetregierung nicht nach den allgemein üblichen Auffassungen des internationalen Anstandes beurteilen dürfte.

England.

De Valera in London. De Valera ist in London eingetroffen. In Dublin selber herrscht Ruhe. Dagegen ist es den Führern in anderen Städten Irlands, besonders in Belfast, noch nicht möglich gewesen, die radikalen Elemente im Raum zu halten. Anfolgedessen ist es noch immer zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Im großen Ulstergebiet fanden große Kundgebungen anlässlich des Jahrestages des Sieges des Prinzen von Oranien über die irischen Truppen vor 230 Jahren statt.

Türkei.

Beginn der griechischen Offensive. Weiter hat die griechische Armee ihren Vormarsch begonnen und nach Überwindung des türkischen Widerstandes Venkefischer und Samsanpacha (südlich von Brussa) besetzt. Auch nördlich von Utschall drangen die griechischen Truppen vor, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Der japanische Kronprinz ist in Naxos gelandet und mit militärischen Ehren

verurteilt worden; er wird dem König ein Handschreiben des Mikado überreichen, und dann den Papst besuchen.

Der französische Senat hat die Verträge von Trianon und St. Germain ratifiziert.

Nach Berichten aus Smyrna hat die griechische Offensive begonnen.

Die polnische Regierungsvorlage, die die Neuauflage von 20 Milliarden Mark Banknoten genehmigt, ist in der Plenarsitzung des Sejm nach stürmischer Debatte angenommen worden.

Ungarn lehnt die Brüsseler Vorschläge und den Vorschlag des Völkerbundesrats zur Belagerung des Wilnaer Streiflandes ab.

Der polnisch-rumänische Handelsvertrag ist mit einjähriger Gültigkeit in Unterzeichnung gekommen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Kemal Pascha zum Präsidenten proklamiert wurde.

Obst- und Gemüsepreise.

Die Gründe der Preisunterschiede.

Von landwirtschaftlicher Seite gehen uns folgende Zeilen zu:

Es ist eine auffallende Tatsache, daß die Marktpreise für Obst und Gemüse oft selbst in nahe gelegenen Städten eine große Verschiedenheit aufweisen.

Naturgemäß kommt die Verschiedenheit der Qualität in der Verschiedenheit der Preise zum Ausdruck.

Während des Westens der Zwangsverwaltung war dies nicht in dem Maße der Fall.

Die Zwangsverwaltung suchte möglichst für das ganze Reichsgebiet einheitliche Preise für das Gemüse festzusetzen, ohne auf die Qualitätsunterschiede besondere Rücksicht zu nehmen.

Diese schablonenhafte Preispolitik hat der Qualitätsproduktion und der Qualitätserhaltung schweren Schaden zugefügt.

Die Folge war, daß Gemüse und Obst in der minderwertigsten Beschaffenheit und Mischung angeboten wurde.

Die Freigabe der Obst- und Gemüsewirtschaft hat dazu geführt, daß der Qualitätspflege wieder eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt wurde.

und es ist ganz selbstverständlich, daß die Qualitätsunterschiede sich in einer entsprechenden Preisverschiedenheit äußern.

Ein weiterer Grund für die Preisunterschiede liegt in der Verschiedenheit der Produktions- und Versandkosten.

Die Bahnfrachten belasten unsere Gemüseverpackung in außerordentlicher Weise, zumal durch die letzten bedeutenden Tarifierhöhungen im Güterverkehr.

Die Lage des Marktes ist heute mehr denn je von ausschlaggebender Bedeutung.

Hierbei kommt es noch sehr darauf an, ob die Ware auf dem Bahn- oder auf dem Wasserwege bezogen wird.

Somit kommen noch verschiedene besondere Umstände, die teils verbilligend, teils verteuern wirken können.

Wenn beispielsweise bei den einzelnen Sendungen ein größerer Prozentsatz der Früchte unterwegs schlecht wird, so wird dieser Umstand auf dem Markte durchweg in Form einer Preiserhöhung in die Erscheinung treten.

Umgekehrt kann sich ein Verkäufer bei starkem Angebot auf dem Markte veranlassen sehen, die leicht verderblichen Ware zu billigerem Preise abzusetzen, als sie wieder mit zuzunehmen und verderben zu lassen.

Vor dem Kriege wurde der Gemüsebedarf Deutschlands nur etwa zur Hälfte aus den heimischen Erträgen gedeckt.

Man verließ sich auf die ausländische Zufuhr, ohne der Förderung des inländischen Gemüsebaues eine genügende Berücksichtigung zu schenken.

Seit jedoch die ausländische Gemüsezufuhr gesperrt war, hat die deutsche Gemüseproduktion eine erhebliche Ausdehnung erfahren.

Neuerdings macht sich indes hier und da wieder eine rückläufige Bewegung bemerkbar.

Verursacht wird diese Entwicklung hauptsächlich durch die mangelhaften Arbeitsverhältnisse, zumal der Gemüsebau einen großen Arbeitsaufwand erfordert, und durch spürbare Erschwernisse des Gemüsebaues, wozu nicht zuletzt auch die stark erhöhten Bahnfrachten zu rechnen sind.

Im Interesse unserer Gemüseversorgung wäre es zu wünschen, wenn diese Hemmnisse der Weiterentwicklung unseres Gemüsebaues nach Möglichkeit aus dem Wege geräumt würden.

Der entstehende jüdische Staat in Palästina.

Am Jahre 1920 sind mehr als 10000 Juden in Palästina eingewandert und auch in diesem Jahre wird die Zahl der Einwanderer auf monatlich 1000 geschätzt.

Diese große Bewegung findet ihre Ursache in dem im heiligen Lande entstehenden neuen jüdischen Staate.

Wie überall in der Welt sind auch in diesem merkwürdigen Staatswesen alle Dinge noch sehr im Fluß.

Die staatsrechtliche Gestalt des neuen Staates steht noch nicht fest, sie wird abhängig sein vom Inkrafttreten des türkischen Friedensvertrages und dem einander feindlichen Strömungen des Zionismus und des Islam.

Inzwischen beginnt man den neuen Staat möglichst modern einzurichten.

Sogar der Militarismus wird im gelobten Lande vorhanden sein.

Die Regierung beabsichtigt eine eigene Truppe aufzustellen, zu-

nächst zwei Bataillone von 600 Mann.

Die Dienstzeit beträgt 1 Jahr, alle sechs Monate will man neu rekrutieren.

Die Eisenbahnen haben eine Länge von 1000 Kilometern erreicht.

Der Bahnhof Jerusalem ist um das Dreifache vergrößert, elektr. Beleuchtung wird eingeführt.

Die Prägung und Ausgabe palästinensischer Münzen steht bevor.

Im Ostjordanlande, namentlich in der Stadt El Salt, werden seit einiger Zeit besondere Marken mit dem arabischen Ausdruck: Transjordanien benutzt, die vorläufig sehr selten sind und hohen Sammlerwert haben.

Der Fremdenverkehr hat so sehr zugenommen, daß die vorhandenen Unterkunftsbedingungen nicht mehr ausreichen.

Die arabische Bevölkerung sieht der jüdischen Einwanderung feindselig gegenüber.

Es ist mehrfach zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Die Juden sind auch untereinander nicht einig.

Ein Versuch, den „hohen Rat“ als oberste religiöse Behörde wieder aufzurichten, ist an den Streitigkeiten der verschiedenen Richtungen im Judentum gescheitert.

Für Jerusalem ist eine jüdische Universität beabsichtigt, die eine Fakultät für jüdische und orientalische Wissenschaften (Philologie, Literatur, Archäologie, Geschichte, Religion, Philosophie und Recht) enthalten soll, ferner Forschungsinstitute für Chemie, Mikrobiologie und Physik.

Gesichert ist bisher nur die medizinische Fakultät, ein Erlaß der Reise Prof. Einsteins nach Amerika.

Die Universität soll sämtliche Grade verleihen.

Man geht damit um, Arbeiter-Wanderbüchsen in hebräischer, jüdischer, russischer, polnischer und deutscher Sprache für das Land und ein pädagogisches Museum für Jerusalem zu schaffen.

Den Deutschen ist das Land wieder zugänglich, allerdings nur den dort geborenen und solchen, die vor dem Kriege schon dort gewohnt haben.

Die deutschen Benediktiner sind in diesen Tagen nach Jerusalem in ihre Niederlassung zurückgekehrt.

Das Syrische Weissenhaus wird ebenfalls wohl bald in deutsche Hände zurückgegeben werden.

Heimatlides.

Nastätten, 15. Juli 1921.

Hundertjähriges Bestehen des Bistums Limburg. Am 16. August d. Js. sind hundert Jahre verflossen, daß durch Papst Pius VII. das Bistum Limburg errichtet wurde.

Damals zählte die Diözese 134 Pfarreien und die einzige Pfarrei im Gebiete der Freien Stadt Frankfurt.

Statt dieser 135 Pfarreien bei der Errichtung zählt das Bistum jetzt fast 200 Pfarreien.

Orden und Kongregationen umbelebte die Diözese damals vollständig.

Jetzt heißt sie Niederlassungen der verschiedenen Ordensgemeinschaften und zwei Diözesanaltären zur Heranbildung von Priesterkandidaten.

Auch geistliche Stellen und kirchliche Bauten sind in diesem Jahrhundert in großer Zahl entstanden.

Der 16. August als Gründungsstag soll nach bischöflicher Verordnung durch einen Festgottesdienst feierlich begangen werden.

Preisrückgang. Das Fleisch wird zusehends billiger, da verschiedene Metzger schon Rindfleisch zu 8 und 10 Mark per Pfund verkaufen.

Das bedeutet einen Rückgang von 4 bis 6 Mark und mehr pro Pfund und wird mit der Futtermangel, die viele Viehhalter zur Verringerung ihrer Bestände zwingt, in Zusammenhang gebracht.

Ermäßigung der Petroleumpreise. Wie aus Hamburg gemeldet wird, haben die Petroleumimportfirmen ihren Listerpreis abermals ermäßigt, und zwar um 65 Pfennig.

Zu Zeiten der Petroleumzwangswirtschaft mußten die Kleinhandwerker 7 Mark für das Liter zahlen, während sie jetzt nur noch 4 Mark zu zahlen brauchen.

Erhöhte Mahn- und Zwangsvollstreckungsgebühren für die Einziehung öffentlicher Abgaben (Reichs-, Staats-, Gemeindesteuern usw.) sind durch Verordnung des Staatsministeriums seit 10. Juni d. Js. in Kraft getreten.

Die Erhöhung beträgt durchschnittlich etwa das Fünffache der früheren Sätze.

R. B. kostet jetzt die Mahnung bei einer Schuld bis zu 50 Mark 1 Mark, über 50 bis zu 200 Mark 1 Mark usw.

Die volle Mahngebühr ist zu entrichten, wenn der Mahnzettel durch den Vollziehungsbeamten zugestellt wird.

Bei Mahnung durch die Post wird außer den Portoauslagen die Hälfte der Mahngebühr berechnet.

Erfolgt die Mahnung durch öffentliche Bekanntmachung, dann wird nur ein Drittel der Gebühr erhoben.

Die Pfändungsgebühr beträgt bei einer bis 50 Mark 2 Mark, von über 50 bis zu 200 Mark 3 Mark usw.

Jeder Schuldner wolle dafür sorgen, daß er seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, dann spart er sich Kosten und der Behörde Arbeit.

Niederwallmenach, 15. Juli. Der Vaterländische Frauenverein unterhielt bisher für Niederwallmenach und Umgegend eine Gemeindepflegestation mit einer eigenen Gemeindepflegeleiterin.

Leider ist es dem Kreisverein nicht mehr möglich, die jetzigen hohen Kosten für die Station aufzubringen.

Es entsteht die Frage, die Station entweder aufzuheben oder zu versuchen, ihre Uebernahme auf den Kreis zu verlagern.

Ein Bedürfnis für Erhaltung der Station besteht nach wie vor.

Die Einrichtung ist seiner Zeit vom K. R. B. beschafft worden und soll dem Kreise gegen Erstattung der Selbstkosten überlassen werden.

Miehlen, 15. Juli. Nächsten Montag, den 18. d. Mts., feiern die Eheleute Karl v. d. Heydt das so seltene Fest der goldenen Hochzeit.

Möge es dem Jubelpaare vergönnt sein, noch recht viele Jahre in derselben Nützigkeit wie heute verleben zu können.

Miehlen, 15. Juli. Ein Turnfest nach echter Art und deutscher Sitte fand am vergangenen Sonntag in unserem Dertchen statt.

Der alte Turnwart unseres Vereins, Herr Heinrich Schmidt, welcher zurzeit Turnwart in Limburg ist, fand sich in Begleitung einer Damenriege des Turnvereins Limburg ein.

Nach einem Festzug durch die Dertchenstrassen begrüßte der Vorsitzende des Turnvereins, Tierarzt Vermeyer, die Gäste und dankte der Limburger Riege für ihren Besuch.

Er erklärte den Anwesenden Wert der Turnsache und schloß seine Ausführungen mit einem kräftigen „Gut Heil“ auf die deutsche Turnerschaft.

Hierauf begann das Schauturnen. Die in der Turnhalle und auf dem Festplatz gezeigten turnerischen Vorführungen waren musterhaft und standen unter der geschickten Führung des Turnwarts Braun.

Es wurden verschiedene Übungen am Reck, Barren und Pferd gezeigt, sowie Frei- und Stabübungen. Auf den turnerischen Teil folgte der Gemütliche.

Bei Wein und Kesslchmaus wurde das Tanzbein geschwungen.

Das Ergötzlichste war die Kinderbelustigung. Da gab es unter den Kleinen heiße Köpfe, schmissüchtige Augen und lange Gesichter, jenachdem.

Der Schwebbaum war mit Wärsen, Spielsachen reich behangen, und lustig kletterte die kleine Welt darauf los; außerdem Sacklaufen, und was am meisten amüsierte war das Würfelschoppen.

Die Damenriege des Turnvereins Limburg zeigte hierauf noch hervorragende Leistungen ihrer Kunst.

Möge der Turngeist weiter wie bisher in unserem Dertchen blühen und gedeihen, zum Wohle unserer Jugend.

Ulmanshausen, 14. Juli. Ein größerer Waldbrand brach am Montag auf dem Niederwald, in der Nähe der Post, aus und richtete nicht unerheblichen Schaden an.

Die Klammen waren bis tief in die Nacht hinein weit hin sichtbar.

Viebrich, 13. Juli. In der Nacht vom 26. auf 27. Mai d. Js. wurde bekanntlich die an der hiesigen Turnhalle des Turnvereins am Kaiserplatz vor dem Soldatenheim angebrachte französische Fahne heruntergeholt.

Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Vor einigen Tagen lief nun bei der französischen Behörde ein anonymes Schreiben ein, worin ein hiesiger Einwohner als Täter genau bezeichnet, benannt und dessen Verhaftung gefordert wurde.

Die Schreiberin des Briefes, der hier auf die Post gegeben, erbot sich nach der Verhaftung des Betreffenden ihren Namen der Behörde bekannt zu geben.

Die Verhaftung ist vor einigen Tagen erfolgt, bis heute aber hat die Schreiberin sich noch nicht gemeldet.

Die Ermittlungen dauern fort, die Haft des Beschuldigten bleibt bestehen.

Mainz, 12. Juli. Ein Hausbrand aus Frankfurt a. M., der versucht hatte, 18 Kilo Zigaretten aus Griesheim in das besetzte Gebiet zu schmuggeln, wurde vom französischen Kriegsgericht zu einem Monat Gefängnis und 15000 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Händler aus Wiesbaden, der 32 Kilo Tabak vom besetzten ins unbesetzte Gebiet schmuggeln wollte, erhielt eine Geldstrafe von 10000 M.

Id. Alendorf (Oberlahnkreis), 13. Juli. Von seinem Schwiegervater wurde der Landwirt Nickel durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er noch in derselben Nacht verschied.

Id. Limburg, 13. Juli. Am vergangenen Sonntag wurde eine Frau auf dem Wege nach Limburg von zwei Männern überfallen. Diese raubten ihr die Handtasche, in der sie ihr Geld hatte, ein Paket und ein kleines Händchen.

Spd. Marburg, 13. Juli. Durch einen Jäger auf dem Anstand erschossen wurde der 46jährige Landwirt Blumenstein aus Spangenberg.

Auf dem Nachhausewege von einem Nachbarort trat er unglücklicherweise in die Schußrichtung, als der Jäger gerade nach einem Fuchse feuerte.

Der Betroffene war sofort tot.

Spd. Hagenburg, 13. Juli. Der 11jährige Sohn des Schreiners Günther wurde beim Holzfahren von der zur Seite schnellenden Deichsel so unglücklich getroffen, daß er so schwere innere Verletzungen davontrug, denen er noch am gleichen Tage erlag.

Vermischtes.

Der verbotene Anz. Vor dem Kriege wurde eine Kleinadtschlichte viel belächelt, in der ein strenger Bürgermeister jedes Liebespärchen bestraft, daß sich nach zehn Uhr abends im Stadtpark küßte.

Bis ein verdonnertes Paar Verführung einlegte und einen Freispruch erzielte. Wieder kam hat sich jetzt in dem großen Berlin wiederholt, wo wegen „Erregung öffentlichen Aergernisses“ durch Küßen im Tiergarten gegen ein junges Paar Anklage erhoben wurde.

Es kam aber auch hier zu einem Freispruch.

Unfälle im Ferienaufenthalte. Auf einer bei der Badeanstalt in Verneck über die Aelschnitz führenden Brücke hatte eine Gruppe Berliner Schüler mit zwei Lehrern Aufstellung genommen.

Während ein dritter Lehrer eine photographische Aufnahme vorbereitete, brach plötzlich das Brückengeländer. Eine Anzahl Kinder sowie die Lehrkräfte stießen in den drei Meter tiefen Fluß; zwei Kinder mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Zwei Attentate in Braunschweig. In der Nacht zu Mittwoch wurden in Braunschweig zwei Bombenanschläge verübt.

Der eine richtete sich gegen das Haus des Gerichtschreibers Dr. Mehring in der Bischofsstraße. Die Öffnung des Hauses mit dem im Erdachsdach angelegten Laboratorium wurde fast vollständig zerstört.

Menschen wurden nicht verletzt. Der zweite Anschlag, der sich gegen die Garnisonkirche richtete, verursachte nur geringen Schaden.

Von den Tätern fehlt jede Spur. In Verbindung mit diesen Bombenanschlägen steht scheinbar ein Ueberfall auf einen Schulpolizisten, der in der vergangenen Nacht von fünf Männern im Prinzenpark angefallen und überwältigt wurde.

Der Angeworbene wurde besinnungslos ins Krankenhaus eingeliefert.

Die ermordeten Bürgermeister Werner und Busse sind jetzt in den Wäldern bei Heidelberg gefunden worden.

Zuerst fand man die Leiche des Oberbürgermeisters Werner.

Die beiden Leichen lagen etwa 20 bis 30 Meter unterhalb des Weges am steilen Bergabhang und waren vollständig mit Felsbrocken bedeckt.

Der Täter hatte sich an einer Wegkreuzung ein fürmlisches Lager aus Moos und Tannenreißern errichtet und hat sich durch Ausrodern von Sträuchern ein Schuttsfeld geschaffen.

Auf einer Buche war eine Gabel zum Auflegen des Gewehrs angebracht.

Man fand dabei eine noch unabgeschlossene Zuspatterpatrone.

Bürgermeister Werner wurde 80 Meter unterhalb der ersten Mordstelle gefunden, so daß es ihm anscheinend möglich war, zu fliehen.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß er von einem zweiten Täter niedergeschossen wurde.

Die Leiche wurde dann den Hang hinuntergeschleift und dort versteckt.

Der der Täterschaft verdächtige Schlosser Schleifert wurde zu den Leichen geführt, erklärte aber mit unbeweglicher Miene, er habe weder die Tat begangen, noch sei er jemals an diesem Plage gewesen.

Die aufgefundenen Beweismittel dürften aber genügen, ihn des Verbrechens zu überführen.

Der englische Fischdampfer „Y 1184“ ist bei Helgoland gesunken. Die neunköpfige Mannschaft ist gerettet.

In London sind Tausende von Personen an Diphtherie und Scharlach erkrankt.

Die Wünsche um Verleihung von Amtsstiteln sind noch ständig im Laufen.

Und der Titel soll nach etwas fliegen.

Bei den Ermittlungen über diese Eingaben hat sich dann herausgestellt, daß es zum wesentlichen Teile die Frauen sind, die den heiklen Wunsch nach einem schönen Titel haben.

Besonders das Wort „Gehime“ hat es ihnen angetan.

„Gehime“ werden indessen nicht mehr verliehen.

Handel und Verkehr.

Ueber die Preissteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke gegenüber der Vorkriegszeit wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

In Ostpreußen stiegen die Preise mit Beginn des Sommers 1919 sprunghaft; so wurden durchschnittlich vom November 1919 bis März 1920 im Kreise Allenstein für kleinere Grundstücke von 25 bis 100 Hektar 3054 Mark je Hektar, bei Grundstücken über 100 Hektar 1608 Mark je Hektar, im Kreise Königsberg für dieselben Größen 5033 und 4891 Mark je Hektar gezahlt.

Im letztgenannten Kreise war der niedrigste Preis 3796 Mark, der höchste 6476 Mark je Hektar.

Der Durchschnittspreis für 1 Hektar betrug im Regierungsbezirk Königsberg 1910-12 bei Landgütern mit Gebäuden und Inventar 1986 Mark, 1913-15 1725 Mark.

Vergleicht man den höchsten Preis von 6476 Mark, der 1910-20 gezahlt wurde, mit dem Durchschnittspreis 1910-12, so ergibt sich eine Steigerung von 467 Prozent und gegenüber 1913-15 um 374 Proz.

Die durchschnittliche Preissteigerung im deutschen Ditem betragt gegenüber den Friedensjahren 1910-14 im Jahre 1920 132 Proz.

Naturngemäß ist die Preissteigerung umso größer, je kleiner das Grundstück; aber über 178 Prozent steigen die Durchschnittspreise gegenüber dem Frieden nicht.

Im Westen liegen den Berechnungen vorwiegend nur Verkaufsfälle unter zwei Hektar zugrunde.

Wenn infolge dessen die durchschnittliche Preissteigerung 1920 238 Prozent beträgt, so ist diese Preissteigerung als Durchschnitt etwas zu hoch gegriffen.

Einzelne Regierungsbezirke weisen für Grundstücke von 5-20 und 20-100 Hektar größere Steigerungen auf, kommen aber niemals über das 4-fache des Friedenspreises.

In der Provinz Brandenburg haben im Jahre 1921 Verkäufe von kleinen Parzellen nur eine Steigerung von 70-80 Prozent gegenüber den Friedenspreisen gebracht.

Der Verkehr von Wertpapieren im besetzten Gebiet. Eine Verfügung der Rheinlandkommission bestimmt, daß für den Verkehr von Wertpapieren von Bank zu Bank auch in Postpaketen eine Ein- oder Ausfuhrbewilligung nicht mehr erforderlich ist.

Ferner sind künftig landwirtschaftliche und ähnliche Maschinen ohne besondere Bewilligung zur Einfuhr zuzulassen.

Eingefandt.

Für alle unter dieser Rubrik erschienenen Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Miehlen, 14. Juli.

In dieser Zeitung wurde vor einiger Zeit auf die Wildschweinplage aufmerksam gemacht, aber bis heute ist noch nichts dagegen geschehen.

Bei diesen trübten Nachrichten für die Kartoffelernte usw. mühen die paar Mark Entschädigung wahrhaft nicht viel, wenn die Leute keine Kartoffeln zu essen haben.

Jeder Jagdpächter hat doch einen sogenannten „Jagdaußenseher“, wer hat denn eigentlich hier bei uns dieses Geschäft übernommen, um wenigstens die reichen Herrn Jagdpächter im Rheinlande aufzufodern, Schutzwärten gegen die Wildschweine zu veranlassen?

—m.

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Kosner.

15) Nachdruck verboten.
Derreras Augen blickten wiederum auf ihn. Es lag etwas in ihrem Wesen, das ihn erarriff. Er konnte sich nicht klar darüber werden, was das war, aber er empfand, daß es hier wohl besonders ruhen mochte...

dieses Mädchen von Sunem, die gefeierte „australische“ Erzentänzerin, zu Angebin einen mehr als böhmischen Namen trug, und daß sie aus dem gleichen tschechisch-polnischen Rasse stammte, dem auch Herr Boleslav Polorny entstammte. Und er wußte auch, wie skrupellos ihr Manager und Gatte in der Wahl der Wege gewesen war...

terstehend an und senkte dann die Augen. Ganz wenig bebten ihr dabei die Lippen — das war, als ob sie sprechen wollte. Aber es blieb nur dieses stumme Zucken, und sie schwiegen —
Irgendwo im Rirkus wurde gejubelt. Hallend hoben sich die Donnerklänge aus der Stille des großen leeren Raumes...

so und zeichnete mit den beiden weißen Linien in das schmale blasse Gesichtchen einen Ausdruck von sauer, hilfloser Bitterkeit.
Perez Herrera sah mit ernsten, forschenden Augen gar keinen inneren Zusammenhang mit der Umgebung auf sie, auf dieses seine durchsichtige Gesicht, das so hier zu haben schien. Er dachte: Ist sie anders? Es scheint sie mir nur anders? Er empfand wieder eine seltsame Ergriffenheit...

Bekanntmachung.

Ein Portemonnaie mit Inhalt ist als Fundsache abgegeben worden.
Nastätten, den 12. Juli 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Arbeits-Vergebung.

Die Arbeiten zur Erbauung eines Wirtschaftsgebäudes im Pfarrhof sollen getrennt nach 4 Losen, und zwar
1. Maurerarbeit, veranschlagt zu 3221 M
2. Zimmerarbeit, „ 3520 M
3. Dachdeckerarbeit, „ 2570 M
4. Schreinerarbeit, „ 600 M
an den Wenigstfordernden vergeben werden. Zeichnung, Kostenvorschlag und Bedingungen können im Pfarrhaus eingesehen werden...

la. Speise-Eis

(Vanille, Aprikosen, Pfirsich) empfiehlt für kommenden Sonntag
Cafe Hagel, Nastätten (Nähe Bahnhof).
Sommer-Sprossen verschwinden, Warzen, Leberflecke sofort.
„Roland“, Heiligenstadt

Himbeeren

(nur reife Ware)
kauft laufend
Amts-Apotheke Nastätten.

Einmachzucker

per Pfund 5,80 Mark
empfiehlt
Wilh. Gill, Nastätten.

Eisgetränke

empfiehlt täglich
Cafe Ackermann, Nastätten.

Herrn - Frisierkämme

Damen - Frisierkämme
Staub - Kämme
Schnurrbart - Kämme
empfiehlt
Friseurgeschäft Anton Kern

Ein- und Ausfuhr-Genehmigungen

zu haben
Müllersche Buchhandlung
Nastätten: Bahnhofstraße.

Großer Vorrat

Astern Balsaminen
Strohblumen, Syconien
Knollen-Syconien
Geranien, Fuchsen pp.
geeignet für Graberschmuck und Blumenkästen wegen Räumung zu sehr billigen Preisen in der
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten: Oberstraße.

Weißfalk

eingetroffen und gibt ab
so lange Vorrat reicht
Wilh. Gill, Nastätten.

Damen - Binden

Preis zu haben
G. Blutge, Drogeriehandlung.

Turnverein Casdorf.

Sonntag, den 17. Juli 1921
15jähr. Stiftungsfest
verbunden mit
Volksfest und größerem Schauturnen.
Mittags 12 Uhr Empfang der auswärtigen Vereine.
für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Die Musik wird ausgeführt von der Niehlener Kapelle.
Es laden ergebenst ein
Der Vorstand. Der Festausschuss.

Gesang-Verein „Eintracht“ Holzhausen a. d. Haide.

Wo man singt da läßt Dich ruhig nieder
Böse Menschen haben keine Lieder.
Sonntag, den 17. u. Montag, den 18. Juli 1921
Grobes
Sängerfest

Sängerfest

Aufstellung des Festzuges! Uhr nachmittags
Musik: Kapelle Katzenelnbogen
2 Tanzböden! 2 Tanzböden!
Hammel-Verlosung!
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt!
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Wohltätigkeits-Fest

statt, wozu wir alle Gönner der Kriegsofoper herzlichst einladen.
Nachmittags 2 Uhr Festzug.
2 Tanzböden. 2 Tanzböden.
Gute Speisen und Getränke.
Der Vostand
des Internationalen Bundes der Kriegsofoper Deutschlands
(Ortsgruppe Egenroth).

Turnverein Nastätten.

Sonntag, den 17. Juli 1921, veranstaltet der Turn-Verein eine
Turnfahrt
über Niehlen-Gemmerich mit dem Endziel Casdorf.
Freitag Abend in der Turnstunde diesbezügliche Aussprache.

Sportsfreunde

werden zwecks Gründung eines Sport-Vereins zu einer
Versammlung
auf Montag, den 18. Juli d. J., abends 9 Uhr, in das „Rhein-Hotel“ freundlichst eingeladen.
Die Einberufer.

Arbeiter

für sofort in dauernde Beschäftigung gesucht.
Erstes Nassaulisches Kalksandsteinwerk Niehlen.

Sommerproffen

Das wundervolle Geheimnis ihrer Verschwinens teilt allen Leidensgefährten kostenlos mit
E. Sternberg, Berlin D. 326. SW.,
Junkerstraße 13.

Frucht-Säcke

empfiehlt billigst
Kaufhaus Salomon Stern
Nastätten: Hauptstraße.

Oetker's Backpulver

Vanillin-Zucker
wieder eingetroffen.
Ronditorei Hagel
Nastätten (Nähe Bahnhof).

Heirat.

Eheanbahnung für Damen kostenlos, für Herren bei Nikolaus Heisen, Gohlens, Pflanzgasse 2 b. (Porro beifügen).

Tapeten

und
Borden
in geschmackvoller grosser Auswahl stets am Lager.
Peter Fischer
Nastätten: Rheinstraße 33.

Advertisement for Kalksandsteine (concrete blocks) with a diagram showing the block's structure and text describing its quality and availability.

Advertisement for 'Für Metzger!' (for butchers) offering cooked sausages and other food items.

Advertisement for 'Einfach-Apparate Konserven-Gläser' (simple apparatuses and canning jars) by R. Hübel.

Advertisement for the 'Klub der „Ungef. J.“, Nastätten' (club of 'unfortunate' J's) with details about a meeting.

Large advertisement for 'J. Webe' soap and cleaning products, including 'Wasche nur mit J. Webe' and 'Seifen u. Seifenpulver'.